

Protokoll

über die 1. Sitzung der Wahlperiode 2019 - 2023 des
Fachausschusses Bau, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz
des Beirates Huchting,
am Dienstag, den 26.11.2019,
in der Mensa der Roland zu Bremen Oberschule, Flämische Str. 9, 28259 Bremen

<u>Anwesend:</u>	Ortsamt	Herr Schlesselmann
	Fachausschuss	Frau Mollenhauer-Thein, Frau Radke, Frau Wendt, Herr Hamen (für Herrn Minne), Herr Monsig, Herr Rietz, Herr Siepker (bis 19.25; für Herrn Grohn)
	Abwesend	Herr Svimbersky
	Gäste	Herr Dubois (Bosch Automotive Steering Bremen GmbH), Herr Stahmann (IG Metall), Herr Ullrich und Herr Smets (beide Senatorin f. Wirtschaft, Arbeit und Europa)

Die Sitzung wird um 18.00 Uhr mit der Begrüßung der Gäste und der Mitglieder des Fachausschusses eröffnet. Die fristgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird einstimmig festgestellt. Die mit der Einladung versandte **Tagesordnung** wird wie folgt einstimmig festgestellt:

1. Wahl Sprecher*in des Fachausschusses (Vorschlagsrecht CDU) sowie der Stellvertretung (Vorschlagsrecht SPD)
2. Schließung des Bosch-Werkes Huchting
3. Hundefreilauffläche Huchting; Antrag
4. Zustände Containersammelplatz Harriersand (Glas-/Altkleidercontainer)
5. Bauleitplanung Gemeinde Stuhr; Windkraftanlagen
6. Marke/Logo Huchting
7. Verschiedenes

TOP 1 Wahl Sprecher*in des Fachausschusses (CDU) sowie der Stellvertretung (Vorschlagsrecht SPD)

Herr Rietz wird als Fachausschussvorsprecher vorgeschlagen.

Herr Rietz wird mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zum Sprecher des Fachausschusses Bau, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz gewählt.

Frau Mollenhauer-Thein wird als stellvertretende Fachausschussvorsprecherin vorgeschlagen.

Frau Mollenhauer-Thein wird mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zur Sprecherin des Fachausschusses Bau, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz gewählt.

TOP 2 Schließung des Bosch-Werkes Huchting

Der Vorsitzende erläutert, dass man aus der Presse von der beabsichtigten Schließung des Werkes und der Verlagerung der Produktion nach Ungarn erfahren habe. Er macht dabei die Bedeutung des Bosch-Werks als größter, seit Jahrzehnten ansässiger Betrieb für den Stadtteil Huchting deutlich, welcher leider schon heute über

relativ wenige sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verfügt. Für die Beschäftigten und deren Familien geht es um die Existenz. Zweck der heutigen Sitzung ist die Information über Hintergründe, geplante Maßnahmen sowie über eventuelle Perspektiven und Lösungsmöglichkeiten.

Herr Dubois entschuldigt sich beim Beirat Huchting für die mangelnde Kommunikation. Er ist heute zur Sitzung gekommen, um dies wieder gerade zu ziehen und zu informieren. Die Kommunikation werde in Zukunft verbessert.

Aktuell steht das Bosch-Werk in einem wirtschaftlichen Kampf am Markt. Der Markt für die Produkte schrumpft. Die Lenksysteme stellen Produkte ohne besonderen Mehrwert dar (Commodity). Ein Austausch der Lieferanten ist für die Automobilhersteller ohne weiteres möglich. Für die hier in Huchting gefertigten elektronischen Lenksysteme ist die Nachfrage im Rahmen der technischen Weiterentwicklung wie dem Autonomen Fahren nicht gestiegen. Sie werden aufgrund der höheren Kosten vornehmlich im höheren Preissegment verbaut. In anderen Segmenten hat sich die elektrisch verstellbare Lenksäule noch nicht durchgesetzt. Ein Projekt, auf das man gehofft habe, hat das Werk im Frühjahr nicht erhalten. Nun geht man von einem Umsatzverlust von 40 % bis zum Jahr 2023 aus. Die Wirtschaftlichkeit ist nicht mehr gegeben. Tiefere Analysen und die Suche nach Alternativen haben zu keiner Perspektive für die Produktion geführt. Die Fertigung wird nach Ungarn verlagert. Von den 240 Mitarbeitern*innen bleiben 30 Ingenieure*innen des Entwicklungsbereiches in Huchting. Die anderen Arbeitsplätze fallen weg. Technisch machbar ist dies zum Ende des Jahres 2020. Die Verlagerung soll aber sozialerträglich gestaltet werden und die Mitarbeiter*innen begleitet werden. Zurzeit laufen Verhandlungen und Gespräche wie der Abbau der Arbeitsplätze erfolgen soll.

Ein Ausschussmitglied fragt, ob die Verlagerung der Produktion nach Ungarn mit EU-Mitteln gefördert wird und seit wann weiß die Wirtschaftsförderung von der geplanten Verlagerung.

Herr Dubois ist hierüber nichts bekannt.

Ein Ausschussmitglied hinterfragt die Verlagerung von Produktionslinien nach Ungarn bereits in 2016/2017. Dafür sind andere Linien nach Huchting gekommen.

Herr Dubois erklärt, dass man die Linientausche vorgenommen hat, um billigere, einfachere Produkte in Ungarn zu produzieren und höherwertigere, teurere Produkte, wie die elektrisch verstellbaren Lenksysteme, in Huchting. Damals schon hat man versucht, das Werk neu zu orientieren. Trotz des Programms „Power Bremen 2020“ sind die Ziele jedoch nicht erreicht worden.

Herr Stahmann erinnert daran, dass man sich schon seit 10 Jahren um den Erhalt des Werkes kümmert. Die Arbeitnehmer*innen haben mit Arbeitszeit und Entgelteinbußen dafür bezahlt. Mechanische Gelenke waren zu billig und die Produktion nicht haltbar. Daher hat man auf elektronische verstellbare Lenkwellen umgestellt. Diese haben sich jedoch nicht so wie erwartet durchgesetzt, sondern werden noch ausschließlich im Premiumsegment verbaut. Daher schrieb man Verluste. Mit der Massenproduktion solcher elektronischen Lenkwellen hat das Werk aber eine Zukunft. Er verweist auf die erheblichen, technischen Veränderungen in der Branche. Die Entscheidung der Verlagerung der Produktion ist eine kurzfristige Entscheidung des Weltkonzerns Bosch in Schwäbisch Gmünd. Es sind außerdem nicht 240 Menschen, sondern 430 Menschen betroffen, welche zum Teil befristet beschäftigt sind oder sich in Altersteilzeit befinden. Die Aussichten für die wie angekündigt in Huchting

verbleibenden 30 Ingenieure*innen dürften bei einer Entfernung von über 1000 Kilometern zur Produktion problematisch werden. Angesichts der Umstände bezeichnet er die Schließung des Werkes und die Verlagerung der Produktion nach Ungarn als perfide. Es bleiben immerhin noch 60 % Umsatz bis 2023. Es ist noch Arbeit da, es soll aber die gesamte Produktion verlagert werden. Um die Schließung schneller herbeizuführen sollen die Mitarbeiter*innen sogar noch Mehrarbeit leisten. Für ihn ist es nicht tragbar, mehr zu arbeiten, um schneller arbeitslos zu werden. Er empfiehlt, dabei nicht mitzumachen, sondern stattdessen in die Auseinandersetzung zu gehen. Je später die Schließung, desto besser. Jeder Monat zählt. Er plädiert dafür, die Schließung so teuer wie möglich zu machen. Der Abschluss eines Sozialplans ist von elementarer Bedeutung für die Beschäftigten.

Aus dem Publikum wird dem beigespflichtet. Man soll gegensteuern, kämpfen und rausholen, was geht. Es wird die Frage nach einer möglichen Kurzarbeit gestellt.

Herr Dubois entgegnet, dass das Werk 6 Jahre ohne Gewinn arbeite. Zwar hätten sich die Verluste in der letzten Zeit reduziert, aber es reiche nicht aus.

Aus dem Publikum wird auf die Abbauevereinbarung in 2018 hingewiesen und fragt, was die Politik nun machen will.

Herr Dubois erklärt, dass er seit Juli 2019 Geschäftsführer ist. Die Entscheidung wird nicht in Bremen gefällt und man kann diese nicht beeinflussen. Es handelt sich hier nicht um ein Bremer Problem. Die wirtschaftliche Lage ist schwierig.

Ein Ausschussmitglied stellt fest, dass die Strategie aus dem Ruder gelaufen ist. Die Familien stehen nun da. Hätte man in der 5-Jahresplanung die Fäden anders gezogen, würden man jetzt nicht an diesem Punkt stehen.

Herr Dubois erklärt, dass die Ziele nicht erreicht wurden. Die Strategie ist gescheitert. Nun geht es um Verhandlungen für die Beschäftigten. Bosch fällt solche Entscheidungen ungern und nicht nur aus Renditegründen. 92 % der Rendite gehen in die Bosch-Stiftung, welche viele gemeinnützige Projekte umsetzt. Die wirtschaftliche Lage des Werkes ist ernst.

Herr Stahmann empfindet diese Rechtfertigung noch schlimmer als die Tatsache an sich. Er hat Verständnis für soziale Projekte. Aber wir befinden uns nicht in einer Konjunktur- oder Finanzkrise. Der Konzern leidet nicht unter Geldmangel. Das Problem hier ist selbst gemacht. Die Ausnutzung der Situation in Ungarn, wo der Verdienst unter 1.000 Euro/Monat liegt und Arbeitnehmer gesetzlich verpflichtet werden, bis zu 400 unbezahlte Stunden Mehrarbeit zu leisten, bezeichnet er als perfide. Er wirft die Frage nach getätigten Investitionen im Werk auf. Mehr Automatisierung und mehr Komplexität wären eine reale Chance für das Werk gewesen. Zudem ist 60 % der Arbeit bis 2023 noch da. Man hätte mehr daraus machen können.

Ein Ausschussmitglied bemängelt, dass Betriebsverlagerungen durch die EU subventioniert werden. Das dürfe nicht sein. In dem Brexit und den damit verbundenen, zukünftigen Schwierigkeiten wird eine Chance gesehen, den Produktionsstandort zu erhalten und ggf. zu erweitern. Bei den gezahlten Löhnen wäre eine Vollautomatisierung eine Option.

Herr Dubois führt aus, dass es in Ungarn keine Vollautomatisierung geben werde. Man hat in den Standort Bremen investiert. Außerdem hat man verschiedene Szenarien

rien tiefgründig überprüft, um den Standort zu erhalten. Die Verluste betragen jedoch nicht nur ein paar Cent. Eine Großakquise ist leider nicht gelungen.

Ein Ausschussmitglied kritisiert, dass nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind und man sich nicht an das Ressort für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie die Wirtschaftsförderung gewendet habe.

Herr Ullrich erläutert die Möglichkeiten und Instrumentarien des Ressorts und der WFB. Diese stellen u.a. Gewerbeflächenplanung dar. Auch kann sich eine Landesregierung an einen Konzern wenden. Die EU-Beihilferichtlinien gelten mit Blick auf die Verlagerung auch in Ungarn. Unlautere Zuwendungen sind auch in Ungarn verboten.

Aus dem Ausschuss wird bezweifelt, dass die Einhaltung in Ungarn überwacht wird.

Herr Stahmann sieht die Aufgabe der Wirtschaftsförderung im Fördern und Unterstützen, man müsse dies aber wirklich wollen. Er empfiehlt, die Verlagerung abzulehnen, keine Überstunden zu leisten, die Schließung des Werks teuer zu machen und weist auf den Imageschaden des Unternehmens als letzte Chance hin.

Herr Dubois erklärt, dass 2 Mio. Euro in das Werk investiert worden sind.

Ein Ausschussmitglied ermuntert die Zuhörer*innen, Druck aufzubauen und in die Öffentlichkeit zu gehen.

Der Fachausschuss fasst darauf hin folgenden einstimmigen

Beschluss:

- 1. Der Beirat Huchting lehnt die Verlagerung der Produktion der Robert Bosch Automotive Steering Bremen GmbH von Bremen-Huchting nach Ungarn ab.**
- 2. Der Beirat Huchting fordert, Alternativen bzw. alternative Produkte zu prüfen und den Produktionsstandort in Bremen-Huchting weiter zu betreiben.**

Der Beschluss wird an die Robert Bosch Automotive Steering Bremen GmbH, die Robert Bosch GmbH und die Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft übermittelt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

TOP 3 Hundefreilauffläche Huchting; Antrag

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Wiederholt wurde das Thema Hundefreilauffläche diskutiert. Bislang wurde keine geeignete Fläche, was Größe, Lage, Erreichbarkeit und Umfeld anbelangt identifiziert. Inzwischen liegt erneuter Bürgerantrag vor. Daraufhin wurde nochmals intensiv nach Flächen gesucht. Der Vorsitzende schlägt eine Fläche vor (blaue Fläche, siehe Anlage). Alternativ käme eine zweite Fläche (rote Fläche, siehe Anlage) in Frage.

Ein Ausschussmitglied weist auf ein Schreiben des Stadtamtes, Ordnungsbehörde, hin, wonach bereits im sogenannten Grabeland an der Ochtum eine Hundefreilauffläche existiert.

In einer kurzen Diskussion wird erörtert, dass die Hundefreilauffläche nicht mit einem Zaun oder einer Bande errichtet werden soll. Allenfalls sollten Baumstämme als Abgrenzung dienen. Ein Schild, welches die Hundefreilauffläche und ihre Grenzen ausweist, ist zwingend erforderlich. Auch ein Hundbeutelspender und ein Müllbehälter. Es wird klargestellt, dass die Hundehalter*innen für ihre Hunde verantwortlich bleiben und bleiben müssen. Hunde sollen nur freilaufen dürfen, wenn diese entsprechend geschult sind und gehorchen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass mit dem Beschluss nicht die sofortige Umsetzung erfolgen kann, weil der Beschluss zunächst an die zuständigen Behörden gesendet werden muss.

Der Fachausschuss fasst darauf hin folgenden einstimmigen

Beschluss:

Der Beirat Huchting beschließt, die Fläche linksseitig am Verbindungsweg zwischen Hallenbad Huchting, Delfter Straße und dem Sodenmattsee (blaue Fläche, siehe Anlage) als Hundefreilauffläche auszuweisen (Variante 1).

Sollte Variante 1 unter Umständen nicht umsetzbar sein, soll die Fläche rechtsseitig am Verbindungsweg zwischen Hallenbad Huchting, Delfter Straße und dem Sodenmattsee (rote Fläche, siehe Anlage) als Hundefreilauffläche ausgewiesen werden (Variante 2).

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen

TOP 4 Zustände Containersammelplatz Harriersand (Glas-/Altkleidercontainer)

Der Vorsitzende berichtet von dem Bürgerantrag auf Entfernung der Container an der Straße Harriersand. Der Bereich ist laufend vermüllt. Inzwischen hat die Stadtreinigung die Kontrollen und die Reinigung intensiviert und es hat leichte Verbesserungen gegeben. Besonders problematisch sind Bereiche, wo Altkleidersammelcontainer stehen. Es werden Sachen unbefugt aus den Containern geholt oder Sachen daneben gestellt. In der Nähe gibt es mit der Recyclingstation Obervielander Straße und einem Container auf der Bezirkssportanlage Alternativen.

Der Fachausschuss fasst für den Beirat Huchting folgenden

einstimmigen Beschluss

Der Beirat Huchting beschließt, die Altkleidercontainer an der Straße Harriersand abzubauen. Die Glascontainer sollen dagegen stehen bleiben.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen

TOP 5 Bauleitplanung Gemeinde Stuhr; Windkraftanlagen

Der Fachausschuss nimmt die Planungen der Gemeinde Stuhr zur Kenntnis.

TOP 6 Marke/Logo Huchting

Das weitere Vorgehen soll im nächsten Koordinierungsausschuss besprochen werden.

TOP 7 Verschiedenes

./.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 20:20 Uhr

gez.
Rietz

Fachausschusssprecher

gez.
Schlesselmann

Vorsitz und Protokoll

